

REPOWER Verwaltungsrat

E-Mail:

REPOWER
Verwaltungsrat
z.Hd. Eduard Rikli
Verwaltungsratspräsident
Via da Clalt 307
CH-7742 Poschiavo

iri.mho@mikron.com (Eduard Rikli, Präsident)
kurt.baumgartner@alpiq.com (Vize-Präsident)
placi.berther@bluewin.ch (GR)
cb@wbb.ch (Christoffel Brändli, GR)
guy.buehler@egl.ch
Rudolf Hübscher (GR)
avvocato@claudiolardi.ch (GR)
rolf.mathis@axpo.ch
martin.schmid@dfg.gr.ch (GR)
hans.schulz@egl.ch
antonio.taormina@alpiq.com
michael.wider@alpiq.com

REPOWER Geschäftsleitung

REPOWER
Geschäftsleitung
z.Hd. Kurt Bopst
Via da Clalt 307
CH-7742 Poschiavo

kurt.bobst@repower.com (CEO)
felix.vontobel@repower.com (Vize)
fabio.bocchiola@repower.com (Repower Italien)
rino.caduff@repower.com (Repower Schweiz, bis 31.12.11)
stefan.kessler@repower.com (Finanzen)
giovanni.jochum@repower.com (Markt)

Tel. 081 839 71 11

Bündner Regierung:

An die Regierung des Kantons
Graubünden
Standeskanzlei Graubünden
Reichsgasse 35
7001 Chur

info@gr.ch (Standeskanzlei)
martin.schmid@dfg.gr.ch (Regierungspräsident, Finanzen/Gemeinden, bis Ende Januar 2012)
barbara.janom@djsg.gr.ch (Justiz, Sicherheit, Gesundheit)
hansjoerg.trachsel@dvs.gr.ch (Volkswirtschaft, Soziales)
mario.cavigelli@bvfd.gr.ch (Bau, Verkehr, Forst)
martin.jaeger@ekud.gr.ch (Erziehung, Kultur, Umwelt)

Tel. 081 257 22 23

Kantonale Verwaltung

remo.fehr@anu.gr.ch (Amt für Natur und Umwelt)

Brief-Vorschlag an die Bündner Regierung (zur freien Verfügung, inkl. Änderungen):

Hans Muster
Oberbergweg 1
1111 Ort

An den Regierungsrat
Standeskanzlei Graubünden

Reichsgasse 35, Postfach
7001 Chur

Ort, Datum

Ihre Entscheidungspflicht bei REPOWER

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Es ist Ihre Aufgabe, dass Sie als Regierungsmitglieder des Kantons Graubünden Verantwortung für die Bürger ihres Kantons sowie Mitverantwortung für die gesamte Erde übernehmen. Mit einem Anteil von 46% an Repower hat die Regierung Graubündens nicht zu unterschätzende Einflussmöglichkeiten auf die Investitionspläne von Repower bezüglich deren Kohlekraftwerke.

Die Praxis, dass sich die Regierung als Hauptaktionärin nicht in die Geschäftsstrategie ihrer Firma einmischt, ist im Fall von Repower verheerend.

Als Grossaktionärin müsste gerade die Regierung in Entscheide einer Firma eingreifen, wenn diese durch ihre Pläne das Gemeinwohl (wirtschaftliches Risiko, Konsequenzen der Klimawandels) gefährdet. Dies sollte um so mehr der Fall sein, nachdem sich die Bevölkerung in einer repräsentativen Umfrage 2010 mit 68% gegen die Pläne von Repower ausgesprochen hat (Befragung Demoscope Juni 2010), sich an der eindrucklichen Gross-Kundgebung in Chur Ende August 2011 gegen die Kohle-Pläne ausgesprochen hat und mit der Volksinitiative „JA zu sauberem Strom ohne Kohlekraft“ eine Richtungs-Änderung bewirken will.

Es ist Ihnen bekannt, dass Repower bei den Kohlekraftwerkprojekten im norddeutschen Brunsbüttel und im kalabrischen Saline Joniche die treibende Kraft ist. An beiden Orten wehrt sich die Bevölkerung mit demokratischen Mitteln gegen diese unerwünschten Kohle-Projekte.

Würden diese beiden Kraftwerke gebaut, würden sie zusammen jährlich etwa 17,5 Mio. Tonnen CO₂ ausstossen, was ca. 44% der jährlichen inländischen CO₂-Emissionen respektive derjenigen des gesamten Motorfahrzeugparks der Schweiz entsprechen würde. Dazu kämen jährlich tausende Tonnen weiterer Schadstoffe wie Feinstaub. Was dies für Mensch, Umwelt und Klimaerwärmung bedeutet ist hinreichend bekannt. Diese Belastung ist weder der betroffenen Bevölkerung noch der akuten Klima-Bedrohung zuzumuten.

Es ist bedauerlich, dass sich die Regierung des Kantons Graubünden in ihrer Rolle als Grossaktionär bisher nicht erlaubt hat, diesen beiden Vorhaben entgegenzutreten.

Solche Kraftwerke sind wesentlich mitverantwortlich für den fortschreitenden Klimawandel und somit eine massive Bedrohung unserer Lebensgrundlagen, insbesondere diejenigen eines Berg- und Tourismuskantons. Nicht ohne Grund haben im August 24 renommierte Schweizer Wissenschaftler eindringlich vor den wirtschaftlichen und ökologischen Folgen der Repower-Projekte gewarnt. Dieser Warnung schloss sich auch die liberale Denkfabrik Avenir Suisse an.

2011 hat mit seiner Trockenheit und den Temperatur-Rekorden in der Schweiz sowie mit weltweiten Wetter-Extrem-Ereignissen gezeigt, welche Schäden der ungebremste Klimawandel verursachen wird. Eine Beschleunigung des Klimawandels wird nicht nur die Trinkwasserversorgung und Stromerzeugung durch Wasserkraft beeinträchtigen, sondern im Kanton Graubünden auch den Wintertourismus massiv schädigen.

Ich fordere Sie eindringlich dazu auf, im Hinblick auf die CO2-Ziele Verantwortung für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder zu übernehmen und Ihren eigenen Legislaturzielen 2009-2012 stärkere Beachtung zu schenken. Verweigern Sie jeglichen Investitionsplänen von Repower in Kohlekraftwerke auf allen Ebenen Ihre Zustimmung!

Mit freundlichen Grüßen

*Brief-Vorschlag an Repower (zur freien Verfügung, inkl. Änderungen):
(kann auch mit eMail Adressen auf Seite 1 versandt werden)*

Absender..

Repower
Geschäftsleitung
Via da Clalt 307
7742 Poschiavo

Ort, Datum

Sehr geehrte

Ihre Haltung bezüglich Kohlekraftwerken finde ich äusserst irritierend und stossend.

Sie kennen die Fakten: In Saline Joniche haben sich sowohl Provinz- wie Regionalparlament bereits vor Jahren mit der Verankerung eines Kohle-Verbots im Energie-Richtplan unmissverständlich gegen Kohlekraftwerke entschieden und diesen Entscheidung seither immer wieder bestätigt. Brunsbüttel wird bereits juristisch bekämpft, und ein beachtlicher Teil der ursprünglichen Investoren hat sich zurückgezogen.

Die Kohleverstromung ist anerkannterweise der Hauptverantwortliche des weltweiten CO₂-Ausstosses. Der Klimawandel schreitet unerbittlich voran und entpuppt sich als die grösste Herausforderung unserer Zeit. Auf uns und unsere Kinder kommt eine akute Bedrohung der Lebensgrundlagen zu.

Die Erderwärmung hat unter anderem das Ansteigen des Meeresspiegels, eine Zunahme von Wetterextremen, eine Versauerung der Meere und eine Verarmung der Biodiversität zur Folge. Dies führt zu Lebensmittelknappheit, der Gefährdung der Wasserversorgung, zu Flüchtlingsströmen aufgrund von Dürren und Überflutungen sowie zu enormen Kosten für die Allgemeinheit.

Wie das Jahr 2011 mit seiner extremen Trockenheit, Wärme und Schneemangel zeigte, wird auch der Kanton Graubünden mit seiner Abhängigkeit vom Wintertourismus und der Hydro-Energie sowie die Landwirtschaft zunehmend vom Klimawandel negativ betroffen sein.

Die Besorgnis der Menschen über die Erwärmung des Klimas wissen Sie auszunutzen – darauf baut ihr Werben für Ökostrom. Was dahinter steckt ist alles andere als ökologisch: Sie planen Investitionen in Kohlekraftwerke. Würden diese gebaut, wäre das für die Umwelt und das Klima eine Katastrophe.

Der Widerspruch zwischen Strom aus Kohlekraft und sauberem Strom ist blanker Hohn. Zusammenpassen kann das einzig und allein aus Gründen des Profits. Dieses geldorientierte Denken führt höchstens (wenn überhaupt) zu kurzfristigem Erfolg – die Folgen des Klimawandels werden uns teuer zu stehen kommen und Gesellschaft und Wirtschaft schwächen.

Der von den Kraftwerken durch gigantische Schadstoffmengen betroffenen Bevölkerung sowie der gesamten vom Klimawandel bedrohten Menschheit gegenüber sind solche Investitionen weder verantwort- noch tolerierbar.

Da ich meine Zukunft und die unserer Kinder durch die geplanten Investitionen Ihres Unternehmens bedroht sehe, fordere ich von Ihnen, jegliche Planung und Beteiligungen an Kohlekraftwerken sofort zu stoppen.

Freundliche Grüsse